

– Erinnerungen und Reflexionen –

1968 in der Provinz*

Trutz Rendtorff

1.

Münster April 1968

Am 11. April 1968, einen Tag vor dem Karfreitag, verbreiteten sich rasch die Nachrichten über den Anschlag auf Rudi Dutschke. Sie lösten in Münster wie an vielen Universitäten allgemeine Erregung aus. Eine Gruppe von Studenten und Assistenten der Universität, zu denen ich Kontakt hatte, suchte nach einem Weg, ihrer Empörung über den Anschlag öffentlich Ausdruck zu verschaffen. Was konnte man tun? Am Karfreitag sollte in der Westfalenhalle die Matthäuspassion aufgeführt werden. Das erschien uns, als die einzige öffentliche Veranstaltung an diesem Feiertag, die Gelegenheit für eine Demonstration.

Text für ein Flugblatt musste entworfen werden. Er sollte in der Westfalenhalle vorgetragen werden. Mit Diskussion? Am Vormittag des Karfreitag verschafften wir uns Zugang in die Generalprobe. Wir sprachen den Dirigenten an. Die Probe wurde kurz unterbrochen. Ob er es tolerieren würde, dass wir das Flugblatt vor Beginn

* Aufgefordert, mich als „Zeitzeuge“ an der Diskussion um „1968“ zu beteiligen, beschränke ich mich angesichts der weit ausufernden Debatte auf die Nahperspektive der Universität Münster, der ich bis gegen Ende 1968 als Assistent und Dozent angehörte, um beispielhaft über einige Erfahrungen und Diskussionen zu berichten, wie ich sie miterlebt habe und aus meinen Unterlagen rekonstruieren kann.

der Matthäuspassion verlesen? Er erklärte sofort, nichts dagegen zu haben. Allerdings müsste er erst den Veranstalter des Konzerts informieren.

Wenig später: Die Stadtverwaltung, als Hausherrin der Westfalenhalle, hatte Einspruch erhoben gegen eine demonstrative Aktion in der Halle. Freigestellt wurde nur, das Flugblatt nach Ende der Aufführung vor dem Ausgang zu verteilen.

Interne Auseinandersetzungen folgten. Die Studenten, die richtige *action* wollten, machten sich auf den Weg nach Essen. Sie wollten sich lieber an der Blockade der Auslieferung von „Bild am Sonntag“, der feindlichen „Springerpresse“, beteiligen. Am Abend fanden wir uns vor der Halle ein. Die inzwischen informierte Polizei war bereits präsent. Kampferprobte Studenten konnten unter den draußen mit uns Wartenden ihnen schon bekannte Kriminalbeamte in Zivil identifizieren. Das erhöhte die Spannung. Die Aktion selbst verlief friedlich. Die Konzertbesucher verliefen sich. Münster war halt nicht Berlin.

Text des Flugblattes:

„Münster, am Karfreitag 1968

Sehr verehrte Damen und Herren,

Dieser Karfreitag steht im Schatten von Gewaltakten.

Mit Zustimmung des Herrn Oberstadtdirektors erlauben wir uns, Ihnen das folgende mitzuteilen. Wir wählen dabei ausdrücklich die Form des Flugblattes, um Störungen dieser Veranstaltung zu vermeiden.

Wir möchten Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, wir sehr wir alle als Bürger dieses Gemeinwesens von der Gefahr betroffen sind, das [*sic!*] Gewalt überhand nimmt, wo Reformen und Wandel nicht aufgehalten werden dürfen.

Das Ereignis von Karfreitag hat auch eine öffentliche Dimension, in einer friedlosen Welt der Menschlichkeit die Bahn zu brechen.

Mit Schrecken sehen wir, wie in den Vereinigten Staaten durch Mord und Terror die Gruppen in einer Rechtsgemeinschaft sich

einen gemeinsamen Weg in die Zukunft verbauen. Der Tod von Martin Luther King zeigt das überdeutlich. Hierzulande droht das gestern verübte Attentat auf den Studenten Dutschke eine ähnliche Gefahr [*sic!*]. Die Beunruhigung, die in den hinter uns liegenden Wochen von unserem Land Besitz ergriffen hat, hört auf, eine heilsame Unruhe zu sein, wo die Offenheit nötiger Auseinandersetzungen gehemmt wird durch Anwendung roher Gewalt.

Die Botschaft der Matthäus-Passion, die Theologie des Kreuzes, verpflichtet uns alle zur Gewaltlosigkeit. Das aber bedeutet in den vor uns liegenden Wochen und Monaten konkret: Nicht Verketzerung von Minderheiten, auch wenn wir mit ihnen nicht übereinstimmen; Freiheit und Gelassenheit in der Diskussion des Neuen, das auf uns zukommt; Gewalt nicht mit Gewalt beantworten; auf Verständigung drängen statt die Gemeinschaft mit denen aufzukündigen, die heute protestieren; keine Fronten entstehen lassen, sei es zwischen Weißen und Schwarzen, alter und junger Generation, Gesellschaft und Studenten. Es darf sich in unserem Lande nicht wiederholen, was sich in anderer Form schon einmal ereignet hat.

Wir bitten darum, die Matthäus-Passion, dieses große musikalische Werk, als eine christliche Botschaft zu verstehen, die hinausweist über das, was uns von anderen Menschen und Gruppen trennt, als Botschaft der Versöhnung.

(Professoren, Assistenten und Studenten aus der Universität Münster anlässlich des Attentats auf Rudi Dutschke)¹

Wenige Tage danach, am 17. April, rief der SDS zu einer Kundgebung im Zentrum Münsters auf, um 17 Uhr vor der Lambertikirche, am Prinzipalmarkt². Diesmal richtig öffentlich. Das Fernsehen (ARD) war präsent. Reden mit Lautsprecher von der Ladefläche eines Lastwagens.

Die studentischen Organisatoren hatten mich – vermittelt durch Theodor Strohm, damals Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften – als jungen „Professor“

¹ Flugblatt im Privatbesitz des Autors.

² Siehe Dokument 1.

aufgefordert, eine kurze Rede zu halten³. Als „Alibiprofessor“? Meine Rede wurde nicht vorher „zensiert“. Sie machte – im Vergleich zu dem Aufruf – schlaglichtartig deutlich, wo die Grenzlinie zu den Sprechern der sich formierenden „Bewegung“ verlief.

Differenz, ja Gegensatz traten bei dem provinziellen Ereignis vor der Lambertikirche in Münster offen zutage. Das war exemplarisch für die großen Auseinandersetzungen, die in der Folgezeit die öffentliche Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland beherrschen sollten. Worum ging es? Alla breve gesagt, um Akzeptanz und Verwirklichung der parlamentarisch-rechtsstaatlichen Demokratie hier oder radikale Kritik und eine „andere“ Demokratie dort. Eine deutsche Auseinandersetzung, im Schatten der zwölfjährigen NS-Herrschaft sowie des Scheiterns der ersten deutschen demokratisch verfassten Republik, verwoben mit antagonistischen Erwartungen, Hoffnungen und Enttäuschungen.

³ Siehe Dokument 2.

Dokument 1

AN DIE HEUTE: 17 Uhr am LAMBERTBRUNNEN
 DEMOKRATISCHEN BÜRGER, STUDENTEN, ARBEITER, SCHÜLER UND FAMILIEN
 DIESER STADT!

Auf unsern teuren Freund, den Genossen Rudi D u t s c h k e , ist
 am 11. 4. in Laufe des späten Nachmittag in Berlin auf offener
 Straße ein verbrecherischer Mordanschlag verübt worden.

Die umgehend erfolgten, objektiv heuchlerischen Worte des Bedauerns
 der Bundesregierung, der Parteien und des Berliner Senats an die
 Frau von Rudi Dutschke und die an diese Tat geknüpften Feststellungen,
 man verabscheue die Gewalt als Mittel jeglicher Politik, können uns
 nicht mehr dazu verführen, auch hier noch die Ruhe als die erste
 Bürgerpflicht zu akzeptieren; zumal wir wissen, daß in einer
 e i n d e u t i g e n Konsequenz nicht der individuelle Attentäter
 Bachmann (es kann sich also nicht um einen Anachronismus der Pistole
 handeln) vor Gericht zu stellen ist, sondern eine systematische
 P o g r o m h e t z e einer bereits objektiv faschistisch denkenden
 Öffentlichkeit, unserer staatlichen Exekutive und der "staatstargen-
 den" Parteien.

Die unläglich der Westberliner "Bürger-Demonstration" vom
 Westberliner Senat und einer bewußtlosen, weil total mani-
 pulierten Bevölkerung laut gewordenen Parolen wie 'Dutschke
 an den Galgen' oder 'Ihr müßt diesen Typen ins Gesicht
 schauen' sind offener Aufruf zum G e s i n n u n g s t e r -
 ror , bzw. direkter Aufruf zum Totschlag.

Angesichts eines immer offener werdenden Terrors, der entweder nur
 als Terror einer "linken Minderheit" bzw. als "pathologisch" ver-
 standen wird, der in Wirklichkeit aber vielmehr daraus resultiert,
 daß die Masse unserer Bevölkerung in der angepaßten Konsumsphäre
 belassen wird und deren politisches Denken so auf die 'Reaktions-
 weise von Lurchen' herabgesetzt wird, macht praktisch-politische
 Solidarität ^{den} einzig notwendigen Bestandteil unseres Widerstands
 aus.

S D S - M Ü N S T E R - S D S - M Ü N S T E R - S D S - M Ü N S T E R

Dokument 2

Unser Grundgesetz ist unser größter Besitz. Noch nie hatte ein deutscher Staat eine so gute freiheitliche, rechtlich und sozialstaatliche Grundlage. Die Demokratie 1968 befindet sich auf dem Wege, der durch dieses Grundgesetz gebahnt ist. Aber das ist nie selbstverständlich. Sie auf diesem Wege zu halten, das geht nicht ohne Konflikte ab. Alle Appelle zur Erneuerung, zur Reform, aber auch zur Bewahrung und zur Ordnung müssen sich an die Maßstäbe halten, die mit dem Grundgesetz aufgerichtet sind. Die leidenschaftliche Unruhe der letzten Tage und Wochen macht es heute nötig, an die Vernunft zu appellieren; das ist zunächst die Vernunft des einzelnen Bürgers. Es ist aber vor allem die Vernunft, die in unseren demokratischen Institutionen selbst enthalten ist. Wer heute fordert: Zerstört die Institutionen dieses Staates! beschwört die politische Willkür. Denn es gibt dann nicht mehr die Möglichkeit der gegenseitigen Kontrolle.

Sie ist die Grundbedingung rationaler Diskussion. Reform kann und darf sich nur im Rahmen der bestehenden Demokratie, ihrer rechtlichen und politischen Institutionen vollziehen. Hier müssen die Konflikte ausgetragen werden. Wo immer Veränderung gefordert wird, müssen die Gründe dafür und die Ziele, die erreicht werden sollen, sich an den Grundlagen der Demokratie überprüfen lassen. Macht und Herrschaftsausübung müssen kontrollierbar sein. Aber, das gleiche gilt auch vom Protest und von der Auflehnung gegen bestehende Verhältnisse. Die Demokratie 1968, das ist die Demokratie, die eine kurze Geschichte hat, eine Geschichte von knapp zwanzig Jahren. Das ist eine kurze Zeit. Niemand kann erwarten, das alles verwirklicht und erfüllt ist, was von den Grundlagen her zu dieser Demokratie gehört. Das Grundgesetz ist auch eine ständige Herausforderung, über das schon Erreichte hinauszugehen. Unvollkommenheit und Reformbedürftigkeit des Bestehenden bedeuten aber nicht, daß wir vor einem politischen Nichts stehen, daß im Grunde alles und alle versagt hätten.

Was die Situation heute verlangt, ist der Mut zum Fortschritt, der auf dem Bestehenden und Erreichten aufbaut. Weder sollten wir uns verschanzen hinter den erreichten politischen Verhältnissen und sie nur verteidigen noch sollten wir deren völligen Abbruch fordern. Was in der Demokratie nicht durch vernünftige Kooperation erreicht werden kann, kann in ihr überhaupt nicht erreicht werden. Auf keinen Fall darf Gewalt überhand nehmen. Mit demselben Nachdruck, mit dem das in vergangenen Monaten gegenüber Staat und Polizei gesagt werden mußte, muß das heute gegenüber radikalen einzelnen und Gruppen gesagt werden. Sonst wird eine gemeinsame Zukunft in einer Rechtsgemeinschaft verbaut.

Vielleicht sind in diesen Tagen die Fronten deutlich geworden, andere ins Wanken gekommen. Jetzt müssen die Konflikte mit Argumenten ausgetragen werden an den Orten der Diskussion, die dafür geeignet sind. Über die Zukunft der Demokratie darf nicht auf der Straße entschieden werden. Alle sollten dazu beitragen, daß wieder eine Atmosphäre der Vernunft und der Sächlichkeit entsteht, in der die Unruhe dieser Tage sich fruchtbar auswirken kann.

2.

Oft und immer wieder ist diese Auseinandersetzung als ein Generationenkonflikt gedeutet worden, als ein Aufstand der politisch in den sechziger Jahren politisch mündig werdenden Nachkriegsgeneration gegen die politisch diskreditierten Väter. In dieser Deutung fehlt, wenn man denn die Kategorie der Generationen überhaupt bemühen will, die Generation derer, die bereits mit dem Prozess der Akzeptanz der 1949 definitiv errichteten demokratischen Verfassung politisch mündig geworden sind.

Wie stellt sich „1968“ aus der Perspektive der Jahre vor 1968 dar, aus der Nahperspektive, wie ich sie erlebt habe, rückblickend aber

auch darauf, dass die bald so genannte „Studentenrevolution“ gerade nicht zum Ziel einer politischen Revolution geführt hat? Sie ist im Gegenzug von der Akzeptanz und Bewährung der Grundelemente eines demokratisch verfassten Gemeinwesens überholt worden, inzwischen Thema einer resignativ romantisierenden Erinnerungskultur.

Der erste Satz der oben wiedergegebenen Rede vor der Lambertikirche entspricht dem Satz in einer Rede, die Günter Grass 1965 in Münster und anderswo zur Unterstützung des Wahlkampfes von Willy Brandt gehalten hat. Ihr Titel lautete „Dich singe ich Demokratie“⁴. Ton und Inhalt der Rede entsprachen dem politischen Lebensgefühl der jungen Theologen, Philosophen und Historiker, mit denen ich in Münster in Kontakt stand. Bei meiner heutigen Relecture der Reden von Günter Grass sind mir zwei Punkte besonders aufgefallen, die für die Demokratiedebatte in den Jahren vor 1968 signifikant sind und Parallelen zur Auseinandersetzung um die politische Rolle der Kirche erkennbar werden lassen. Ich wechsele darum vom damaligen Zuhörer zum heutigen Leser der Rede von Grass, dem rückblickend vor allem zwei Kontroverspunkte aufgefallen sind.

Weltanschauungskämpfe

Grass zitierte den CDU-Politiker und Verteidigungsminister Kai Uwe von Hassel, der im Wahlkampfstil vor den „Linksprotestanten“ warnte, vor einer „nihilistischen Saat, die bei der Studentenschaft aufzugehen beginne“⁵. Grass kritisierte die ideologische Verquickung von politischer und weltanschaulicher Auseinandersetzung. Das fand unseren Beifall. Unser ideelles Leitmotiv lautete „Entideologisierung“, ein Begriff, der damals seine Bedeutung analog zu dem durch Rudolf Bultmann berühmt gewordenen theologischen Konzept der „Entmythologisierung“ erhielt, das, 1942 zuerst formuliert,

⁴ Grass, Günter: *Dich singe ich Demokratie*. Es steht zur Wahl. Neuwied / Berlin 1965, 6.

⁵ Ebd., 8.

seit den fünfziger Jahren die theologische und kirchliche Debatte prägte.

Weiter: Grass kritisierte zugleich Martin Niemöller scharf. Niemöller hatte zu einem Wahlboykott aufgerufen. Die Parteidemokratie mit ihren wechselnden Mehrheiten sei nicht mit dem eindeutigen Zeugnis der Kirche vereinbar. Grass kontert, dem Pastor Niemöller sei offenbar nicht klar: „nicht Schwarz und Weiß sondern vielstufiges Grau“ stehe zur Wahl⁶. Und gut protestantisch: „Die Bundesrepublik jedoch und die Wahlen zum nächsten Bundestag sind von dieser Welt“, während „dem Theologen [...] jedes Problem zur Gewissensentscheidung gerät“⁷.

Grass spielte damit auf genau die Orientierungsproblematik an, in der sich die Kirchen in ihrem Verhältnis zur jungen Demokratie befanden. Sie hat in den sechziger Jahren ihren Ausdruck in den großen politischen Kämpfen um die Wiederbewaffnung und die deutsche Einheit, aber auch in den verschiedensten Gruppierungen zur Kirchenreform gefunden. Im Grunde ist dieser Prozess erst zwanzig Jahre später, 1985, mit der sog. Demokratiedenkschrift der EKD zum Abschluss gekommen.

Konfliktfeld Demokratiedebatte

Erfüllt von dem emphatischen Demokratiebewusstsein der „Vor-68er-Generation“ galt vielen von uns die Radikalisierung der Studentenbewegung als ein Rückfall hinter die neuen, zu bewährenden Institutionen der neuen demokratischen Verfassung. Was hieß das aber konkret?

Ein Beispiel: Als in den politisch-ideologischen Kämpfen die Formel der „Freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ auftrat, wurde das Kürzel „FDGO“ gerne mit verächtlichem Unterton zitiert. Dieser Formel fehlten in der Tat zwei Merkmale, die für einen unterscheidungsfähigen Begriff von Demokratie unabdingbar sind: „parlamentarisch“ und „rechtsstaatlich“. In der Tat, das waren (und

⁶ Ebd.

⁷ Ebd.

sind) die beiden Grundelemente für das Verfahren im Umgang mit politischen Konflikten. Politik als Kampf *um* demokratische Mehrheiten wie als Achtung *von* demokratischen Mehrheiten. Die Absicht, deren Funktion durch Begriff und Organisation einer „Außerparlamentarischen Opposition“ und durch die Legitimation von revolutionärer Gewalt zu substituieren, das war genau der Punkt, an dem sich die Geister scheiden mussten. Auch in dieser Hinsicht waren (und sind immer wieder) die Kirchen mit ihrem extrapolitischen Politikverständnis, wie es im Protestantismus z. B. in der Rede von der „Königsherrschaft Christi“ verschlüsselt war, zur Selbstaufklärung provoziert.

Günter Grass hat 1965 diesen Konflikt gezielt auf die ideologischen Flügelkämpfe in der von ihm unterstützten SPD am Beispiel Willy Brandts zugespitzt. „Willy Frahm“ habe sich 1931 von seinem politischen Ziehvater Julius Leber, der die Weimarer Republik bejaht und unterstützt hatte, getrennt und sich der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands angeschlossen. Erst nach seiner Emigration sei Willy Brandt zu Lebers Position der Bejahung der Parteidemokratie und ihrer Verfahren zurückgekehrt. Grass gab Brandts Weg „von Leber fort und zu Leber zurück“ als „gleichnishaft“ den Flügelkämpfen in der SPD zu bedenken⁸.

Entsprechende Lektionen mussten auch in den Kirchen noch gelernt werden. Diskussionen über den Weg vom „Obrigkeitsstaat“ zur liberalen „Demokratie“ bestimmten den Tenor der sich formierenden protestantischen Sozialethik. In miniature konnte das etwa so aussehen: In einer Diskussionsrunde mit Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier im Hamannstift, im Wahljahr 1961, versuchten wir ihn davon zu überzeugen, es sei jetzt, nach zwei Wahlperioden, dringend an der Zeit für einen Machtwechsel von der CDU zur SPD. Das entspräche doch der Idee der Demokratie. Der Politiker klärte die etwas naiven Demokratieeiferer darüber auf, einen solchen Wechsel gleichsam „von oben“ verordnen zu wollen, komme da-

⁸ Grass, Günter: *Dich singe ich Demokratie. Loblied auf Willy*. Neuwied / Berlin 1965, 8.

gegen der Rückkehr zu einer obrigkeitlich gesteuerten Staatsauffassung gleich.

3.

Schon länger hatten ökumenisch-internationale Erfahrungen Eingang in den innerdeutsch-provinziellen sozialetischen Diskurs. Exemplarisch für Veränderungen leitender Begriffe schon vor 1968 sind die von Genf aus seit den fünfziger Jahren initiierten Studien zum „Rapid Social Change“, an denen das Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften durch Heinz-Dietrich Wendland beteiligt war. Die aus der außereuropäischen Mission hervorgegangenen Kirchen sahen sich mit der Problematik der Entwicklungsländer, den Prozessen der Dekolonisation konfrontiert. Unter dem Einfluss vor allem südamerikanischer Kirchen ging „Rapid Social Change“ über in „Social Revolution“. Die analytisch-soziologische Kategorie der „Revolution“ changierte zur politischen Kategorie „Social Action“, als „Befreiungstheologie“. Bei der Weltkonferenz „Church and Society“ in Genf 1966⁹ konnte man erleben, wie „Revolution“ zum neuen Fokus oekumenischer Sozialethik avancierte.

„Theologie der Revolution“ trat in Konkurrenz zu dem bis dahin in der Genfer Oekumene leitenden sozialetischen Begriff, der „Responsible Society“. Aus dem Geist des nordamerikanischen Pragmatismus geboren, hatte dieser Begriff seit der Weltkonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen in Amsterdam 1954 den Status eines sozialetischen Credo erlangt. Die in Genf 1966 aufbrechende Konkurrenz zwischen beiden Konzepten wurde signifikant für dauerhafte Spannungen und Konflikte in der Oekumene.

⁹ Zusammen mit u. a. Heinz-Eduard Tödt und Hermann Ringeling nahm ich als Delegierter der EKD teil.

4.

Zurück nach Münster:

Im Sommersemester 1967 hatten Assistenten und Studenten der Universität nach Berliner Vorbildern einen „Wissenschaftspolitischen Klub“ gegründet. Der Club sollte, offen für alle Universitätsangehörigen, als Forum für das „Gespräch“ über die Reform der Universität dienen¹⁰. Am 16. Mai 1968 erklärten die Initiatoren das Clubkonzept für gescheitert. Die Begründung verdient zitiert zu werden: „Der Weg der studentischen Bewegung von der Hochschuldiskussion zur außerparlamentarischen Opposition, dessen immanente Konsequenz inzwischen Schritt für Schritt nachweisbar ist, ist kein Berliner Weg, sondern von den vorhandenen Widersprüchen selbst vorgeschrieben.“ Die Erwartung an eine „Gemeinsamkeit der akademischen Bürger“ sei nicht nur „unverzeihlich naiv“, sondern eine „unmittelbare Unterstützung derer“, die von den herrschenden Widersprüchen privilegiert werden¹¹.

Mit der Berufung auf eine „immanente Konsequenz“ meldete sich eine Version marxistisch inspirierter Selbstdeutung zu Wort. Indem die studentischen Aktionen den Rang einer geschichtsnotwendig „vorgeschriebenen“ politischen „Bewegung“ erhielten, wurden sie, in einem Akt gleichsam der Selbsttaufe, zur „Studentenbewegung“. Die Assoziationen, die eine geschichtsnotwendige Bewegung als politische Legitimationsinstanz bei denen hervorrufen musste, die als Jugendliche noch analoge Reden in der NS-Zeit unmittelbar erlebt hatten, wird man sich vorstellen können.

¹⁰ Im September 1967 war ich zu einem Vortrag vor dem 1. öffentlichen Forum des Wissenschaftspolitischen Clubs eingeladen. Mein Thema lautete „Ethik *nach* der Revolution“. Dort wurde mir entgegengehalten, wichtiger sei doch die hohe Ethik der Revolutionäre. Zur Veröffentlichung s. Anm. 13.

¹¹ Diskussionsbeitrag des Exekutivausschuss 16.5.1968 [im Besitz des Verfassers].

5.

Zur Marxismusdebatte

Varianten marxistischer Geschichtsdeutung übten eine Faszination auf das kirchlich-theologische Bewusstsein aus. Konnte und musste sie nicht mit Motiven der christlichen Eschatologie verbunden und im Kontext der politischen Geschichte aktualisiert, realisiert werden? Oder war die Rehabilitation der verpönten „Aufklärung“ das Gebot der Stunde? Erwin Metzke hatte schon 1954, anlässlich der Gründung der Marxismuskommission, „Marxsens Durchbruch durch die spiritualistischen Denktradition“ als wegweisend „gerade für den Christen“ gedeutet¹². Wendland plädierte für eine die marxistische Zukunftshoffnung überbietende „Universaleschatologie“. Die Heidelberger Marxismusdiskussion spielte allerdings keine öffentlich erkennbare Rolle¹³.

6.

In Münster, wo Studenten beider Konfessionen gemeinsam in den Vorlesungen saßen und diskutierten, reicherte sich die Diskussion an mit Impulsen, die vom II. Vatikanischen Konzil ausgingen. Kirchenreform, Theologiereform als Umsetzung der revolutionären Stimmungslage in theologisch reflektierte Praxis des Christentums, damit ließ sich eine Perspektive verbinden, die kontinuierlich offen und

¹² *Marxismusstudien*. Beiträge von H. Bollnow, F. Delekat, L. Landgrebe, R. Nürnberger, H.-H. Schrey, E. Thier, H.D. Wendland mit einem Vorwort von Erwin Metzke. Tübingen 1954. An den Sitzungen der Marxismuskommission nahmen zeitweise außerdem teil u. a. Ralf Dahrendorf, Jürgen Habermas, Peter von Oertzen, Hermann Lübke, Joachim Ritter. Nach dem Tod von Erwin Metzke wurde die Kommission von Iring Fetcher geleitet.

¹³ Heinz Eduard Tödt berichtete zusammen mit mir auf der Sitzung der Marxismuskommission vom 9.10.1967 über die Genfer Konferenz. Das gab den Anstoß zur Publikation: *Rendtorff, Trutz / Tödt, Heinz Eduard (Hg.): Theologie der Revolution. Analysen und Materialien*. Frankfurt a. M. 1968. ⁴1970.

demokratienah, jenseits kurzfristig unversöhnlich scheinender Gegensätze, sich langfristig als produktiv erweisen sollte¹⁴.

Theologiestudenten debattierten die Frage, was die historisch-kritische Schriftforschung für die Praxis der Kirche bedeuten könne. Im frommen Westfalen erregte in den sechziger Jahren eine leidenschaftlich geführte Auseinandersetzung um Rudolf Bultmanns Programm einer „existentialen Interpretation“ die Gemüter. Sie diente jetzt als Türöffner für Versuche, die historisch-kritische Exegese an konkreten Beispielen mit einer soziologischen Interpretation zu vermitteln. Ohne Wahrnehmung der Situation der Christen in der Gesellschaft könne die Theologie ihrer Aufgabe nicht gerecht werden: Soziologie zur Selbstaufklärung der Kirche. Eine Gruppe von Theologiestudenten entwarf dazu einen „Kritischen Katechismus“, der in mehreren, immer umfangreicher werdenden Fassungen in der Fakultät und in der westfälischen Kirche verbreitet wurde¹⁵. „Kritische Gemeinde“ lautete das praktische Programm.

7.

Überhaupt die Soziologie: Man wird diese Debatten nicht verstehen, ohne die Rolle der sich neu formierenden Soziologie zu berücksichtigen. In der Studentenschaft spielten die Schüler von Helmut Schelsky, der 1964 von Hamburg nach Münster gekommen war, eine gewichtige, aber auch zwiegesichtige Rolle. Sie lieferten einerseits der Protestbereitschaft eine analytisch geschulte kritische Begrifflichkeit, im klassischen Sinne der „Entlarvung“ der „hinter“ den sozialen Prozessen wirkenden gesellschaftlichen Machtverhältnisse. Schelskys Versuch, durch eigene Vorlesungen und Seminare im Stile des „Wissenschaftlichen Klubs“ auf den Eskalationsprozess der

¹⁴ Am 30. Oktober 1968 verabschiedete ich mich von Münster mit einer Vorlesung im Rahmen der von Studenten organisierten Ringvorlesung mit dem Thema „Reformation oder Revolution? Über die politische Dimension reformatorischer Theologie“. Abdruck in: Rendtorff, Trutz / Steck, Karl Gerhard: Protestantismus und Revolution (Theologische Existenz heute. NF 161). München 1969, 7–25.

¹⁵ Der Text des Katechismus ist abgedruckt auf S. 129–137.

Studentenbewegung einzuwirken, konnte dagegen nichts ausrichten. Dieser politisierende Soziologieeffekt sollte sich nach der Gründung der Universität Bielefeld gegen ihn selbst wenden.

Andererseits hatte die Formation des soziologischen Bewusstseins aber auch einen befreiend aufklärenden Effekt, der einen konstruktiv-selbständigen intelligenten Umgang mit Autoritäten und Traditionen beförderte. Dass der Erfolg dieses Effekts im kirchlichen Bewusstsein oder in der Theologie, wie übrigens auch in den Geisteswissenschaften, von mancherlei Trivialisierungen begleitet ist, das steht bereits auf einem anderen Blatt und gehört nicht mehr zu dieser kurzen Geschichte der Zeit um 1968 aus der Nahperspektive eines Zeitzeugen.

Trutz Rendtorff

geboren am 24. Januar 1931 in Schwerin; Studium der Theologie und Soziologie in Kiel, Göttingen, Münster, Basel sowie an der Indiana University USA; 1956 Promotion in Münster zum Dr. theol.; wissenschaftlicher Assistent am Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften; 1961 Habilitation und bis 1968 Privatdozent für evangelische Theologie; 1968–1999 Ordinarius für systematische Theologie und Ethik in München; 1970–2001 Mitherausgeber der „Zeitschrift für Evangelische Ethik“; 1974–1981 Vorsitzender der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie; 1979–1997 Mitglied der Synode der EKD; 1980–1997 Vorsitzender der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD; 1981–1994 Mitbegründer und Präsident der Ernst-Troeltsch-Gesellschaft; 1992 Mitbegründer des Instituts „Technik-Theologie-Naturwissenschaften“ an der LMU München; 1999–2002 Mitglied der Unabhängigen Historischen Kommission „Bertelsmann im Dritten Reich“.